

Aktuelle Nachrichten - Nr. IV/2023

Sonderausgabe Wahlprüfsteine

Sehr geehrte Mitglieder,

zur anstehenden Landtagswahl am 08. Oktober 2023 haben wir die derzeit im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien zu aktuellen wald-, forst- und jagdpolitischen Themen befragt. Dabei haben wir die jeweiligen Erststimmenkandidaten aus den Stimmkreisen München Land Süd, Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach um jeweils eine gemeinsame Stellungnahme je Partei zu sechs Fragen gebeten. Vorgabe war die Begrenzung der Antworten bei vorgegebener Schriftgröße auf eine DIN A4-Seite. Die Fragen wurden mit der WBV Wolfratshausen abgestimmt.

Für die Parteien haben folgende Stimmkreiskandidaten geantwortet:

CSU (Christlich Soziale Union)

- Kerstin Schreyer: Stimmkreis München Land Süd
- Thomas Holz: Stimmkreis Bad Tölz-Wolfratshausen
- Ilse Aigner: Stimmkreis Miesbach

Bündnis 90/Die Grünen

- Dr. Markus Büchler MdL: Stimmkreis München Land Süd, Grüne Liste Platz 4
- Jakob Koch: Stimmkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Grüne Liste Platz 18
- Gerhard Waas: Stimmkreis Miesbach, Grüne Liste Platz 26

FW (Freie Wähler)

- Martin Rosenberger: Stimmkreis Miesbach, Listenplatz 17

AfD (Alternative für Deutschland)

- Peter Kremer: Stimmkreis München Land Süd
- Prof. Dr. Ingo Hahn: Stimmkreis Bad Tölz-Wolfratshausen
- Jurij Christopher Kofner: Stimmkreis Miesbach, Listenplatz 23

SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)

- Bruno Peetroons: Stimmkreis Miesbach

FDP (Freie Demokratische Partei)

- Marco Deutsch: Stimmkreis München Land Süd

Wir hoffen, Ihnen mit den „Wahlprüfsteinen“ im Vorfeld der Landtagswahlen eine Entscheidungshilfe in Bezug auf die Wahlentscheidung zu geben.

Mit freundlichen Grüßen
Alex Mayr, 1. Vorsitzender

Wahlprüfsteine zur bay. Landtagswahl 2023

1. Wie wollen Sie die privaten und kommunalen Waldbesitzer in Zeiten des Klimawandels unterstützen?

CSU: Durch den Klimawandel muss die Anpassung des Waldes an die neuen klimatischen Herausforderungen in den Fokus gerückt werden. Die zukünftigen Aufgaben sind nur in enger Zusammenarbeit zwischen Waldbesitzern, forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen und der Bayerischen Forstverwaltung zu bewältigen. Durch das waldbauliche Förderprogramm werden den Waldbesitzern viele Möglichkeiten für waldbauliche Maßnahmen geboten.

Grüne: Wir Grüne wollen die forstliche Beratung ausbauen. Die finanzielle Förderung für waldbauliche Maßnahmen werden wir weiterführen, das Vertragsnaturschutzprogramm Wald auf die Forstverwaltung übertragen. Die wichtigste Unterstützung für den Wald und die Waldbesitzer liegen in Zeiten des Klimawandels in konkreten Klimaschutzmaßnahmen.

FW: Ich als Forstbesitzer spreche mich klar für den Grundsatz „Schützen durch Nützen“ aus, denn nur eine aktive Waldbewirtschaftung bietet die Möglichkeit durch geeignete forstliche Maßnahmen auf klimatische Veränderungen schnell und flexibel reagieren zu können. Daher setze ich mich im Privat- sowie Kommunal- und auch Staatswald gegen weitere verpflichtende Flächenstilllegungen ein. Um die Waldbesitzer auch finanziell bei der Bewältigung des Klimawandels zu unterstützen, stehe ich weiter für starke Fördermittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (kurz GAK) und deren UNBÜROKRATISCHE!!! Abwicklung ein.

AfD: Aus Sicht der AfD sollen die ALEFs bei Bedarf regional angepasste Konzepte anbieten und Beratung für Hilfesuchende leisten. Der klimatische Wandel trifft Bayern in unterschiedlicher Weise, so dass regionalen Lösungen der Vorzug zu geben ist.

SPD: Da sich mehr als die Hälfte der Waldfläche in Bayern in privatem Besitz befindet kommt dem Beitrag privater und kommunalen Waldbesitzer eine Schlüsselrolle bei der Transformation zu einem klimaresistenten Waldbestand zu welcher politisch durch folgende Maßnahmen zu flankieren ist:

- Gezielte Förderung nachhaltiger Forstwirtschaft:
 - o Unterstützung beim Umbau hin zum klimaresistenten Wald
 - Stärkung von Organisationen welche den Waldbesitzer beim Waldumbau begleiten und beraten
 - o Erhalt und Ausbau der Absatzmärkte für Bau und Brennholz aus nachhaltiger, regionaler Forstwirtschaft. Sicherung der wirtschaftlichen Rentabilität von privater und kommunaler Forstwirtschaft als Basis langfristiger Waldentwicklungsplanung

FDP: Die privaten und kommunalen Waldbesitzer stehen derzeit in Anbetracht des Klimawandels vor erheblichen Herausforderungen. Wir sind daher der Ansicht, dass Förderprogramme insbesondere zum Umbau von Mono- in Mischkulturen zur Schaffung klimaresilienter Wälder ein wichtiges Mittel darstellen, um diese gemeinsame Anstrengung bestmöglich zu unterstützen.

2. Wie wollen Sie die Forstlichen Zusammenschlüsse stärken?

CSU: Den forstlichen Zusammenschlüssen kommt eine bedeutende Aufgabe zur Sicherung der aktiven Waldbewirtschaftung zu. Die transparente Ausgestaltung der Strukturen und Arbeitsweisen der Zusammenschlüsse ist eine wichtige Grundlage für die weiteren Aufgaben. Wir als CSU werden die forstlichen Zusammenschlüsse weiterhin unterstützen und uns für eine angemessene Förderung einsetzen. Dies wurde im Waldpakt 2023 auch deutlich formuliert.

Grüne: Durch eine Verstärkung der Zusammenarbeit mit der Bayerischen Forstverwaltung, v.a. mit den Beratungsförstern vor Ort. Die Stellenanteile der Koordinatoren orientieren wir am tatsächlichen Bedarf. Die zu geringen Ausbildungskapazitäten in Lohr erhöhen wir. Die finanzielle Förderung führen wir weiter.

FW: Die Zusammenarbeit zwischen forstlichen Zusammenschlüssen (WBV) und der Bayerischen Forstverwaltung bzw. den bayrischen Staatsforsten ist aus meiner Sicht auch zukünftig zu erhalten und auszubauen. Denn forstliche Zusammenschlüsse unterstützen vor allem die staatlichen Einrichtungen gerade in der Privatwaldberatung, da aufgrund der Reform von 2005 staatliche Beratungsleistungen erheblich zurückgefallen sind. Hier möchte ich mich für eine dementsprechende Personalaufstockung und weitere sichere Förderung der forstlichen Zusammenschlüsse einsetzen.

AfD: Besonderes Augenmerk hat die AfD auf Forstflächen, welche u.a. hinsichtlich des Borkenkäfers, von den Besitzern vernachlässigt werden. Diese gefährden Bestände von Nachbarn. Hier wollen wir Forstliche Zusammenschlüsse unterstützen diesen Waldbesitzern ein wirtschaftliches Angebot zu machen, so dass am Ende Schadholz fachgerecht aufgearbeitet wird.

SPD: Waldbesitzer stehen vor der enormen Herausforderung ihren Forstbestand in den kommenden Jahren zu einem klimaresistenten Wald umzubauen. Diese Transformation kann für private Waldbesitzer nur gemeinschaftlich gelingen um adäquate Handlungsempfehlungen zu etablieren und die Wirtschaftlichkeit zu erhalten. Forstliche Zusammenschlüsse wie die WBV spielen hierbei eine entscheidende Rolle und stellt das Sprachrohr der Waldbesitzer dar welches in der politischen Meinungsbildung zukünftig noch stärkeres Gehör finden sollte.

FDP: Bereits jetzt gibt es aus unserer Sicht hilfreiche und vom Bund im Zusammenspiel mit den Ländern initiierte Programme, die weiter auszubauen sind.

3. Wie sehen Sie die Zukunft der Holznutzung im baulichen und energetischen Bereich?

CSU: Holz muss weiterhin als erneuerbare Energie gelten. Ohne Waldbearbeitung steigt die CO₂-Konzentration durch das Totholz. Der nachwachsende Rohstoff Holz leistet als Baustoff einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz. Die nachhaltige Waldbewirtschaftung bietet große Chancen, Klimaschutz, Ökologie und Bioökonomie zu stärken und für die nachfolgenden Generationen nutzbar zu machen.

Grüne: Der moderne Holzbau ist angewandter Klimaschutz und stärkt regionale Wirtschaftskreisläufe. Die öffentliche Hand soll bevorzugt in Holzbauweise bauen, hinderliche Vorschriften werden wir anpassen. Wir stärken die Holzforschung, besonders was die Verwendung von Laubholz als Bauholz angeht. Die Grünen Bayern befürworten die energetische Nutzung des nachwachsenden Rohstoffes aus regionaler nachhaltiger Forstwirtschaft als wichtigen Baustein der Wärmewende.

FW: Als Land- und Forstwirt, selbständiger Schreiner und Betreiber einer kleinen Biomassenahversorgung sehe ich natürlich WEITERHIN höchste Verwendung für die Holznutzung! Für mich MUSS Holz weiterhin als erneuerbarer und grüner Energieträger angesehen werden, denn z.B. Totholz welches in den Beständen verbleibt und verrottet, setzt die gleiche Menge an CO₂ frei, wie wenn man es energetisch nutzt. Daher ist die Nutzung auch Klimabedingt sehr sinnvoll, da im Umkehrschluss unter anderem auf fossile Energieträger zurückgegriffen werden müsste. Außerdem sind besonders ländliche Regionen oftmals aufgrund fehlender Infrastruktur auf das Heizen mit Holz angewiesen.

AfD: Die AfD ist offen für die Nutzung von Holz als heimischen und nachwachsenden Baustoff. Auch bei staatlichen Baumaßnahmen wollen wir mehr Holz einsetzen.

SPD:

- Für nachhaltiges Bauen ist Holz unerlässlich. Die Nutzung dieses Baustoffs aus regionalen Quellen verringert nicht nur den Ausstoß von Klimagasen, sondern stärkt auch unsere lokale Wirtschaft.
- Die energetische Nutzung von Restholz aus lokalen Wäldern in privaten Heizanlagen wie Kachelöfen oder Hackschnitzelheizungen stellt eine nachhaltige Alternative zu konventionellen Heizanlagen dar welche mit fossilen Energieträgern betrieben werden. In diesem Zusammenhang ist eine möglichst regionale und schonende Nutzung des Energieträgers Holz sicherzustellen

FDP: Holz ist ein ausgesprochen wichtiger Rohstoff für eine CO₂-neutrale Bauweise. Vor diesem Hintergrund kommt insbesondere dem Hausbau mit Holz eine gravierende Rolle zu, da über viele Jahrzehnte das im Holz gebundene CO₂ konserviert wird. Auch das Heizen mit Holz als nachwachsendem Rohstoff wird weiterhin zu erhalten sein.

4. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die Waldverjüngung ohne Schutzmaßnahmen gesichert und vorangetrieben wird?

CSU: Übergeordnetes gemeinsames Ziel des Waldpaktes ist der Aufbau und Erhalt gesunder, zukunftsfähiger. Weiterhin bilden die Prinzipien „Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht“ sowie „Schützen durch Nützen“ die zentralen Leitlinien der bayerischen Forstpolitik. Um die Wälder zukunftssicher aufzubauen, müssen die neuen Baumarten die Chance haben, zu wachsen. Die Bayerische Staatsregierung steht daher weiterhin zu dem Grundsatz „Wald vor Wild“ des Bayerischen Waldgesetzes.

Grüne: Die Grünen in Bayern stehen hinter dem gesetzlichen Grundsatz „Wald vor Wild.“ An der konsequenten Umsetzung dieser Vorfahrtsregel für den Wald führt gerade in Zeiten des Klimawandels kein Weg vorbei. Auch der Staatswald muss seiner Vorbildfunktion in Sachen waldgerechter Jagd wieder besser gerecht werden. Das Vegetationsgutachten mit seinen Revierweisen Aussagen wird als wichtige Grundlage der Abschussplanung gestärkt.

FW: Die FREIEN WÄHLER orientieren sich nach den Auszügen unter anderem an dem Gesetzeswerk des bayrischen Jagdgesetzes in dem auf Art. 1 Absatz 3 „ ... in dem eine Beeinträchtigung einer ordnungsgemäßen land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Nutzung durch das Wild möglichst zu vermeiden ist, insbesondere soll die Bejagung die natürliche Verjüngung der standortgemäßen Baumarten in wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen ermöglichen.“

AfD: Die AfD setzt sich für ein angemessenes Verhältnis von Wald und Wild ein.

SPD: Eine effektive Waldverjüngung ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung des Waldes zu einem klimaresistenten Forstbestand. Es ist Aufgabe der Jagd die Waldverjüngung zu ermöglichen und auf diese Weise zur gemeinsamen Aufgabe der nachhaltigen Forstentwicklung beizutragen.

FDP: Die natürliche Verjüngung des Waldes im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen ist bereits jetzt ein wesentlicher Grundgedanke, in dem auch der Jagd eine wichtige Rolle zukommt. Gerade die natürliche Verjüngung des Waldes bietet optimale Voraussetzungen zur Schaffung klimaresilienter Wälder und ist zwingend beizubehalten. Dort, wo Fremdgehölzer eingebracht werden, sind Waldbesitzer mit flankierenden Maßnahmen zu unterstützen.

5. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, die Jagdzeiten für Reh- und Rotwild an die geänderten Klimabedingungen (z.B. vorzeitiger Vegetationsbeginn) anzupassen und zu synchronisieren?

CSU: Die Hormonzyklen der heimischen Schalenwildarten sind unabhängig von Klima- und Temperaturschwankungen, da sie größtenteils von Tageslichtdauer abhängig sind. Des Weiteren erfolgt im April die Umstellung des Winterstoffwechsels auf den Sommerstoffwechsel. Durch den erhöhten Nährstoffbedarf, bedingt durch den Fellwechsel, ist es für die Tiere notwendig, risikoreichere Strategien der Äsungswahl zu ergreifen. Daher gibt es viele Gründe, die gegen eine frühzeitige Jagdausübung bei Rehwild und auch den anderen Schalenwildarten sprechen.

Grüne: Wir Grüne Bayern fordern dies zusammen mit namhaften Verbänden und der Unterstützung von Wissenschaft und Forschung seit langem. Andere Bundesländer sind diesen Schritt längst gegangen. Der „Waldpakt für Bayern“ stellt entsprechende jagdrechtliche Änderungen nur vage in Aussicht. Jetzt ist es an der Zeit zu handeln.

FW: Die FREIEN WÄHLER sehen keine Notwendigkeit die geltenden Jagdzeiten abzuändern. Auf Nachfrage wird argumentiert das insbesondere die oftmals geforderte Verlängerung der ohnehin schon langen Jagdzeit bei Rehwild bis Ende Januar strikt abgelehnt wird, da sich hier die Föten nach der Eiruhe bereits deutlich im Wachstum befinden. Zudem wird im April, wenn der Frühling beginnt und der Baumwachstum bereits voll im Gange ist, das Wild durch eine Bejagung auf den Freiflächen in die Wälder getrieben und erheblicher Mehrschaden bei den Bäumen ermöglicht.

AfD: Da sich die Vegetationszeiten in den vergangenen Jahren in Bayern unterschiedlich gestalten hält die AfD eine regionale Lösung für angebracht. Die AfD stellt grundsätzlich in Frage, ob bayernweit einheitliche Jagdzeiten noch zeitgemäß sind, oder ob regionale und lokale Lösungen den waldbaulichen und auch jagdlichen Erfordernissen nicht entgegenkommen würden.

SPD: Ja, die Auswirkungen des Klimawandels bedingen auch eine Anpassung der Jagdpraktiken um einen effektiven Schutz des Waldes sicherstellen zu können.

FDP: Der Tierschutz nimmt in der Gesellschaft einen erheblichen Stellenwert ein und hat im Grundgesetz eine herausragende Bedeutung, dementsprechend sind Jagd- und Schonzeiten für Wildtiere zu erhalten. Aufgrund der in Bayern sehr unterschiedlichen klimatischen Bedingungen zwischen Franken und dem Alpenland ist der Rahmen der derzeit gültigen gesetzlichen Jagdzeiten zu erhalten. Gleichwohl werden regionale Abweichungen durch behördliche Erlaubnisse aufgrund von saisonalen oder sonstigen Besonderheiten und Rechtfertigungen unterstützt. Auch können allgemeine Ruheräume bzw. Schutzräume für das Wild dazu beitragen, einen Verbiss gering zu halten.

6. Integrative Forstwirtschaft versus Flächenstilllegung. Wie steht Ihre Partei dazu?

CSU: Naturschutz und Bewirtschaftung des Waldes schließen sich keineswegs aus. Nutzen und Schützen gehören zusammen. Wir machen den Wald durch den Umbau und eine integrative Waldbewirtschaftung hin zu mehr Mischwald klimaresistenter und damit zukunftsfest. Großflächige Stilllegungen im Wald lehnen wir ab.

Grüne: Wir fordern die Ausweisung eines dritten Nationalparks im Steigerwald. Weitere Flächenstilllegungen soll es nur auf freiwilliger Basis geben. Wir setzen uns für eine integrative Waldbewirtschaftung für die weitere Waldfläche ein. Wir stärken den Vertragsnaturschutz im Wirtschaftswald und schaffen so wichtige Trittsteine für Waldnaturschutz auf der ganzen Fläche.

FW: Die FW stehen klar wie oben bereits genannt für den Grundsatz „Schützen durch Nützen“. Darüber hinaus wird jegliche Waldstilllegung über die im Koalitionsvertrag vereinbarten 10% kategorisch abgelehnt. Auch die Ausweisung von weiteren Nationalparks in Bayern werden von der Partei nicht befürwortet. Der Waldumbau muss durch aktive Bewirtschaftung vorangetrieben werden!

AfD: Die AfD lehnt Flächenstilllegungen in allen Bereichen der Landwirtschaft ab.

SPD: Die private Forstwirtschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten bewiesen, dass sich wirtschaftliche Nutzung und Umweltschutz beim Thema Wald vereinen lassen. Eine großflächige Stilllegung von Waldbestand ist daher nicht notwendig und im Hinblick auf die Rolle des Waldes als Lieferant von nachhaltigem Bau- und Brennstoff auch nicht sinnvoll.

FDP: Flächenstilllegung sollte nur dort greifen, wo der Staat geeignete Flächen selbst ausweisen kann. Im privaten Bereich lehnen wir eine solche ab.

Wenn Sie die Nachrichten nicht mehr in Anspruch nehmen wollen, senden Sie uns einfach eine E-Mail an info@wbv-holzkirchen.de.

Holzkirchen, den 19.09.2023

i.A.
Alexander Necker
Geschäftsführer

Waldbesitzervereinigung Holzkirchen w.V.
Rudolf-Diesel-Ring 1b, 83607 Holzkirchen
Telefon: 08024-48037
Fax: 08024-49429
E-Mail: info@wbv-holzkirchen.de

